

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

OAS-Mission in Peru

Lima (spk) Eine Delegation der OAS ist in der Nacht auf den Dienstag in Lima eingetroffen. Die von Generalsekretär Joao Baena angeführte Abordnung will mit Präsident Alberto Fujimori und anderen Vertretern seiner Notstandsregierung über eine baldige Rückkehr des Andenlandes zur Demokratie beraten.

Hurd in der Türkei

Ankara (spk) Der britische Außenminister Douglas Hurd ist am Dienstag zu einem zweitägigen Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara eingetroffen. Bei seinen Gesprächen wird es unter anderem um die Beziehungen der Türkei zur EG und die Lage in den früheren Sowjetrepubliken gehen.

Kommunisten verhaftet

Sofia (spk) In Bulgarien sind nach Zeitungsberichten vom Dienstag drei frühere kommunistische Funktionäre verhaftet worden. Nikola Gasdow, Zwjatzko Goranow und Jiliana Radschewa sollen in den sechziger Jahren Verbrechen gegen die Menschheit begangen haben. Auch der damalige stellvertretende Innenminister, Mirtscho Spassow, soll vor Gericht gestellt werden. Alle vier könnten zum Tode oder zu Freiheitsstrafen bis zu 20 Jahren verurteilt werden.

Drogen: Freigabe oder Repression?

Rückblick auf eine Debatte im Landtag über das Drogenkonzept

(G.M.) – Dem Landtag lag für die letzte Sitzung erst das Drogenkonzept einer Arbeitsgruppe sowie ein zusätzlicher Bericht der Regierung mit konkreten Massnahmeschritten vor. Konkrete Massnahmen, wie eine Gesetzesänderung zur straffreien Abgabe von sterilen Spritzen, sollen in der nächsten Landtagsitzung folgen. Obwohl im Parlament eine umfangreiche Debatte geführt wurde, kristallisierte sich keine neue Drogenpolitik heraus: Die Stimmung schwankt zwischen Freigabe und Repression.

Einig war sich der Landtag, obwohl im Hohen Hause in den letzten Jahren schon andere Töne zu vernehmen waren, dass das Drogenproblem auch vor dem Kleinstaat Liechtenstein nicht haltgemacht habe und sich nicht nur auf grössere Agglomerationen beschränke. Patentrezepte und schnelle Lösungen gebe es nicht, meinte der FBP-Abgeordnete Dr. Alois Ospelt, obwohl Drogenkonzept und vor allem Regierungsbericht mit verschiedenen Begriffen wie Massnahmenkatalog und Massnahmenkoordination den Anschein erweckten. Die von genannten gegensätzlichen Forderungen nach Strafe und Verbot auf der einen Seite, andererseits den Verzicht auf Drogenprohibition, liessen die Tragweite erkennen, der sich die Verantwortlichen heute gegenübersehen.

Verschiedene Vorschläge an die Adresse der Regierung wurden von den Abgeordneten unterbreitet, teilweise in

Richtung Liberalisierung, teilweise in Richtung zur Beibehaltung der Repression gegen Konsum und Handel illegaler Drogen. Etwas optimistisch sieht der VU-Abgeordnete Oswald Kranz die Lösung dieses gesellschaftlichen Problems durch die Gesellschaft: «Wir sollten die Prophylaxe auch nicht einfach den Fachleuten und den Jugendzentren überlassen oder sie nur auf die Schule abschieben.

Wir haben in diesem kleinen Lande die Chance, die Bevölkerung oder zumindest einen Teil davon in diesen Prozess einzubeziehen, in dem man wieder vermehrt aufeinanderzueht und der eine sich um den anderen kümmert.» Dennoch plädierte er für die Beibehaltung der bestehenden strafrechtlichen Grundlagen zur Drogensuchtbekämpfung, ebenso auch der VU-Abgeordnete Dr. Helmuth Matt, der sich dafür aussprach, Handelsaktivitäten mit illegalen Suchtmitteln von unserem Land fernzuhalten. Für VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser ist es «unverständlich, wenn resignierend gesagt wird, dass wir – ob wir wollen oder nicht – mit einem prozentualen Sockel von Süchtigen leben müssen.» Er legte eine Mehrfach-Strategie vor, die lautet: «Drogen verbieten, Suchtkranke heilen, Gesunde stärken und schützen.»

Mehr über die Debatte zur Drogenpolitik im Landtag im Innern der heutigen Ausgabe.

Pensionsdarlehen ins Ausland?

Gesetzesverletzung der Regierung ist Gegenstand einer Interpellation

(G.M.) – Aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal können nach den gegebenen Rechtsvorschriften keine Darlehen an Versicherte gewährt werden. Dennoch erhielt ein Versicherter mit Wohnsitz im Ausland von der Regierung ein Darlehen, was die externe Revisionsstelle, die Finanzkontrolle und die Geschäftsprüfungskommission des Landtags rügte. Mit einer Interpellation wollen FBP-Abgeordnete nun wissen, wie es zu dieser Darlehensgebung kam, und wollen gleichzeitig auch Licht in dieses Dunkel bringen.

Nicht nur Hinweise an Stammtitel, an denen seit geraumer Zeit über eine Kreditgewährung des Regierungschefs an einen Staatsangestellten mit Wohnsitz im Ausland geredet wurde, sondern gleich drei Beanstandungen von Kontrollstellen liegen vor. In der Interpellation der FBP-Fraktion heisst es, dass sowohl die externe Revisionsstelle als auch die Finanzkontrolle und die Geschäftsprüfungskommission des Landtags in «einem konkreten Fall» festgestellt hätten, dass bei der Gewährung eines Darlehens aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Anlagevorschriften nicht eingehalten worden seien. «Die Regierung hat daher», heisst es in der Begründung des parlamentarischen Vorstosses, «mit der Gewährung eines Darlehens an einen Versicherten mit Wohnsitz im Ausland das Gesetz verletzt.»

Ferner heisst es in der Begründung: «Die externe Revisionsstelle hat festgestellt, dass in diesem konkreten Fall die Anlagevorschriften nicht beachtet und die der Pensionsversicherung anver-

trauten Gelder auf unzulässige Art eingesetzt worden sind.» Was hier aus dem Papier der Revisionsstelle auf recht vornehme Art zitiert wird, kann anderswo hinter vorgehaltener Hand auf direktere Weise in Erfahrung gebracht werden.

Gerüchertweise ist zu vernehmen, dass der Regierungschef persönlich sich für dieses Darlehen eingesetzt hat, obwohl damit die gesetzlichen Bestimmungen verletzt wurden. Die Landtagsabgeordneten halten sich für Auskünfte bedeckt, sie wollen das Ergebnis der Interpellationsbeantwortung abwarten und erst nachher Auskunft geben. Doch offensichtlich gibt es einen Kreis von Personen, der mehr darüber weiss, aber aus verständlichen Gründen nicht zitiert werden will. Die Regierung und insbesondere Regierungschef Hans Brunhart wird gut beraten sein, wenn er diesmal so schnell wie möglich die Karten offen auf den Tisch legt – und sich nicht wieder wie beim EWR-Vertrag hinter einem Amt versteckt, das die Informationen zu liefern hat.

Innert drei Monaten fielen fast 2000 Tonnen Hauskehricht an

Im ersten Quartal 1992 entfielen durchschnittlich 67,2 kg Hauskehricht auf jeden Einwohner – Neues Abfallreglement für alle Gemeinden

(mö) – Der Kehrichtverbrennungsanlage Buchs sind im ersten Quartal 1992 (Januar bis März) insgesamt 1974 Tonnen Hauskehricht aus Liechtenstein zugeführt worden. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres entspricht dies einer Zunahme um 2,2 Tonnen bzw. um 0,11 Prozent. Gemäss soeben veröffentlichter Abfallstatistik ist gesamthaft eine Abnahme des Hauskehrichts um 1,1 kg auf 67,2 kg pro Einwohner im Land festzustellen, was auf die Veränderung der Einwohnerzahlen in den Gemeinden zurückzuführen ist.



In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind der KVA in Buchs insgesamt 1974040 kg Hauskehricht aus Liechtenstein zugeführt worden. (Bild: R. Korner)

Der Abfallstatistik für die ersten drei Monate dieses Jahres ist zu entnehmen, dass zusätzlich zur Hauskehrichtmenge von annähernd zwei Mio kg noch 547930 kg Sperrgut, 907310 kg Abfälle aus der Industrie und 20460 kg Metzgereiabfälle anfielen. Die Grünabfuhr erbrachte eine Abfallmenge von 373060 kg. Die Gesamtmenge dieser Abfallkategorien beläuft sich damit im ersten Quartal 1992 auf 3822 Tonnen, was einem Pro-Kopf-Anteil von 130,1 kg entspricht.

Weniger Kehricht in fünf Gemeinden

Im Vorjahresvergleich konnte heuer in fünf Gemeinden eine Verringerung des Hauskehrichts festgestellt werden. Die erfreulichsten Ergebnisse liefern Eschen und Schellenberg, wo die Einführung von verursachergemässen Abfallgebühren

mittels Sack- bzw. Behältersystem offensichtlich die erhoffte Wirkung nicht verfehlte. In Eschen sank die Pro-Kopf-Menge an Hauskehricht von 74,5 auf 51,6 kg, in Schellenberg von 55,1 auf 36,6 kg. In Mauren verringerte sich die Hauskehrichtmenge von 48,9 auf 46 kg pro Einwohner, in Triesenberg (inkl. Alpengebiet) von 85 auf 82,9 kg und in Gamprin

von 36,6 auf 36,1 kg je Einwohner. In den sechs übrigen Gemeinden nahm die Hauskehrichtmenge um durchschnittlich 3,5 kg pro Einwohner zu. Mit 115,9 kg Hauskehricht pro Einwohner liegt Vaduz auch im ersten Jahresviertel wieder mit grossem Abstand an der Spitze dieser unruhlichen Rangliste. Zum Vergleich dazu fielen in Schaan nur 54,7 kg Keh-

richt pro Kopf der Bevölkerung an.

Neues Reglement für Abfallentsorgung

In den letzten Monaten haben sämtliche Gemeinden ein neues Reglement für die Abfallentsorgung genehmigt, das aus dem Abfall-Leitbild bzw. aus dem Abfallgesetz herausgewachsen ist und dessen wesentlichste Merkmale das Verursacherprinzip und die Einheitlichkeit sind. Das Abfallreglement sieht eine stufenweise Gebührenanpassung auf eine einheitliche Höhe in allen Gemeinden bis spätestens 1. Januar 1994 vor. Dieses Datum wurde einvernehmlich festgesetzt, um Übergangsschwierigkeiten in einzelnen Gemeinden zu vermeiden. Das Reglement soll gewährleisten, dass Gemeinden und Private ihre Aufgaben und Pflichten bei der Abfallentsorgung in gleicher und umweltgerechter Weise wahrnehmen. Die gesamten Kosten der Abfallbewirtschaftung werden demnach mittels Gebühren den Verursachern überunden. Mit den ab 1994 landesweit einheitlichen, volumenabhängigen Hauskehrichtgebühren soll der Aufwand für die Abfuhr und die KVA Buchs gedeckt werden. Um dem «Abfalltourismus» den Boden zu entziehen, sollen Kehrichtsäcke, Plomben und Gebührenmarken vereinheitlicht werden. Gebührenpflichtig wird auch die Entsorgung kompostierbarer Abfälle auf den Gemeindekompostierplätzen.

Markanter Anstieg der Schweizer Exporte

Bern (AP) Die Schweizer Exportwirtschaft hat zu Jahresbeginn von einer deutlich gestiegenen Nachfrage profitiert. Im ersten Quartal verzeichnete die Ausfuhr nominal und real Zuwachsraten, wie sie seit dem ersten Quartal 1990 nicht mehr erreicht wurden. Deutlich dahinter zurück blieben die Importe, die Handelsbilanz schloss Ende März mit einem erheblich tieferen Defizit, wie die Eidgenössische Zollverwaltung am Dienstag mitteilte.

Im März führte die Schweiz für 8,389 Milliarden Franken Waren ein und für 7,773 Milliarden Franken aus. Die Exporte stiegen dabei nominal um 13,9 Prozent und real um 12,5 Prozent, die Einfuhren legten um 9,3 Prozent beziehungsweise um 5,3 Prozent zu. Weil der März wegen der Verschiebung der Ostern zwei Arbeitstage mehr zählte als 1991, resultierte bei Berücksichtigung dieser Mehrtage noch ein Anstieg der wertmässigen Exporte um 3,5 Prozent und des Exportvolumens um 2,2 Prozent. Bei den Importen ergab sich ein Rückgang um 0,6 bzw. 3,9 Prozent. Gemessen an der Teuerung legten die Importpreise um 3,4 und die Ausfuhrpreise um 1,3 Prozent zu. Wird der Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen eingerechnet, so erhöhte sich die Einfuhr um 6,8 Prozent auf 8,959 Milliarden und die Ausfuhr um 13,0 Prozent auf 8,313 Milliarden. Innert Jahresfrist sank das Handelsbilanzdefizit um 37,7 Prozent auf noch 646 Millionen.

In den ersten drei Monaten zogen die Importe um 3,9 Prozent auf 22,604 Milliarden und die Exporte um 9,6 Prozent auf 21,670 Milliarden an.

Strafrecht ist kein Moralkodex Schweiz tief in den roten Zähnen

Breite Unterstützung für das neue Schweizer Sexualstrafrecht

Bern (AP) Breite Unterstützung für das neue Schweizer Sexualstrafrecht: 99 eidgenössische Parlamentarier aus allen Fraktionen und fünf Frauenverbände mit gegen einer Million Mitglieder treten für die Vorlage ein, über die am kommenden 17. Mai abgestimmt wird. Das Strafrecht sei kein Moralkodex, erklärte Nationalrätin Vreni Spoerry (FDP/ZH), Präsidentin des Schweizerischen Aktionskomitees «Ja für ein ehrliches Sexualstrafrecht», am Dienstag an die Adresse der Träger des Referendums.

Die Gegner wollten ihre Moralvorstellungen mit Hilfe des Strafrechts durchsetzen,

sagte Spoerry an einer Pressekonferenz in Bern. Aber nicht alles, was als unsittlich empfunden werden könne, rechtfertige den Eingriff des Strafrichters. Das Strafrecht habe vielmehr die Aufgabe, die sexuelle Selbstbestimmung zu schützen und die ungestörte Entwicklung der Jugend zu gewährleisten. Die Änderungen des über 50-jährigen Sexualstrafrechts verbessern die Stellung der Frau im Falle einer Vergewaltigung, entkriminalisieren die Jugendliebe und verbieten harte Pornographie.

Neu soll die Vergewaltigung in der Ehe strafbar werden.

Defizit und Schulden auf neuem Rekordstand

Bern (AP) Im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft ist der Schweizer Bund tief in die roten Zahlen gestürzt: Finanz- und Erfolgsrechnung weisen für 1991 die bislang höchsten Fehlbeträge auf, und die Gesamtschulden kletterten um fünf auf 45,5 Milliarden Franken. Der Bundesrat zeigt sich besorgt über die schonungslos aufgedeckten Strukturdefizite der Bundesfinanzen und deren wachsende Abhängigkeit von der instabilen Verrechnungssteuer. Er unterstreicht die Notwendigkeit eines raschen Ausgleichs des Haushalts. Nach einer 15-jährigen Defizitperiode

hatte der Bund seit 1986 zunächst Überschüsse in der Grössenordnung von ein bis zwei Milliarden erwirtschaftet, auch für 1991 rechnete er noch mit einem Plus von 73 Millionen Franken. Nicht überraschend, aber umso abrupter fiel der Rückschlag aus, wie aus der am Dienstag im Detail veröffentlichten Staatsrechnung 1991 hervorgeht. Das Defizit von 2,011 Milliarden ist nominell das bislang höchste, real höher lagen einzig die Fehlbeträge von 1979 (1,7 Milliarden) und 1976 (1,6 Milliarden). Und die Erfolgsrechnung weist mit 3,122 Milliarden den bislang grössten Aufwandüberschuss aus.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

HIT Bananen 1 kg Fr. 2.10 HIT

Kartoffeln 5-kg-Tasche Fr. 6.50

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.